

## **Resolution des SPD Ortsvereins Reichelsheim**

### **Kein Fußbreit dem Faschismus**

**Anlässlich der Jahreshauptversammlung am 28.02.20 verabschiedeten die Mitglieder des SPD Ortsvereins Reichelsheim die nachstehende Resolution:**

Seit 1949 erfüllen die demokratischen Parteien den Auftrag unseres Grundgesetzes. Zum Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland gehört es, als Lehre aus dem verbrecherischen NS-Regime und dem Scheitern der Weimarer Republik, dass Demokraten keine gemeinsame Sache mit den Feinden der Demokratie machen.

Unsere heutige Demokratie wird von einer Allianz von Rechtsextremen und gewalttätigen Neonazis gefährdet. Der Rechtsterror des sogenannten NSU, der Mord an Walter Lübcke, der Anschlag auf die Synagoge in Halle sowie der rassistisch motivierte Anschlag mit 10 Todesopfern in Hanau sind Ausdruck der damit verbundenen Gewalt. Die zunehmende Anzahl von Morddrohungen gegen Kommunalpolitiker, Ehrenamtliche und Abgeordnete, der anwachsende Antisemitismus und Angriffe auf Journalisten zeigen die Handschrift demokratiefeindlicher Kräfte, die Hass sähen, um unsere Gesellschaft zu spalten.

Wir sind fest entschlossen, unsere freiheitliche, offene, vielfältige und inklusive Gesellschaft mit allen Mitteln des Rechtsstaates und der Demokratie zu verteidigen. Deshalb entgegnen wir der AfD unter Anspielung auf einen menschenverachtenden Satz der sogenannten PEGIDA-Bewegung, mit der die AfD offen sympathisiert:

### **Monokulti ist gescheitert – 1945 nach 50 Millionen Toten!**

Die gemeinsame Wahl eines Ministerpräsidenten in Thüringen durch FDP, CDU und AfD war eine unverzeihliche Grenzüberschreitung, die weit über den Freistaat hinaus ebenfalls unsere Demokratie belastet.

Regierungsbildungen und politische Mehrheiten in unserem Land dürfen nicht durch die Stimmen der AfD sowie anderer demokratiefeindlicher, faschistischer Gruppen und Parteien zustande kommen.

Reichelsheim, den 28.02.2020

Diese Resolution soll der Reichelsheimer CDU und der RWG zur Kenntnisnahme zugesandt und, falls von der SPD-Fraktion unterstützt, in der Gemeindevertretung zur Abstimmung gestellt werden.